Eine Sonderbeilage der RAG

Der bisherige Energieträger Nummer eins wird zum Auslaufmodell

IN ZUKUNFT OHNE KOHLE

GLÜCKAUF IM WANDEL

S.4

ANFANG, ENDE, NEUANFANG
Eine ganze Volkswirtschaft stellt sich um

S.6

LAND IM WANDEL
Ministerpräsident Tobias Hans zum Kohleausstieg

S.10

DER STROM FÜR ÜBERMORGEN
Woher wird unsere Energie kommen?

Foto: RAG

S.8

AUF DAS WIR-GEFÜHL KOMMT ES AN

INHALT

3 Vorwort von Uwe Penth

4 Anfang, Ende, Neuanfang
Die Zeit der Energiequelle Kohle läuft ab

6 Land im Wandel
Gastbeitrag von Ministerpräsident Tobias Hans

7 Der Countdown läuft
Bürgermeister aus drei Kohlerevieren geben Auskunft

8 Auf das Wir-Gefühl kommt es an
Interview mit Uwe Penth,
Regionalbeauftragter Saar der RAG

10 Der Strom für übermorgen
Woher wird unsere Energie in Zukunft kommen?

Foto: Stadt Spremberg

Foto: Stadt Zwenkau

Foto: Stadt Grevenbroich

DER COUNTDOWN LÄUFT

S.7

IMPRESSUM

Sonderveröffentlichung vom 14. Dezember 2019

Titelfoto
Bergmann mit Kohle
Foto: svet110/iStock

Redaktion und Layout
A&B One Kommunikationsagentur GmbH
Axel-Springer-Straße 52
10969 Berlin

Herausgeber
RAG Aktiengesellschaft
Presse/Öffentlichkeitsarbeit/Public Affairs
Im Welterbe 10
45141 Essen

Verlag und Druck
Saarbrücker Zeitung Verlag
und Druckerei GmbH
66103 Saarbrücken

Liebe Saarländerinnen und Saarländer, liebe Leserinnen und Leser,

Foto: RAG

nach dem Ausstieg aus der Steinkohlenförderung nimmt Deutschland nun auch Abschied von der Braunkohle. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der auf die Empfehlungen der Kohlekommission zurückgeht, legt als Enddatum das Jahr 2038 fest. Bis dahin müssen nicht nur die noch aktiven Tagebaue geschlossen werden. Auch der Kohleverstromung wird ein Ende gesetzt.

Warum ist das für uns an der Saar besonders relevant? Zum einen, weil die Steinkohle immer noch der wichtigste Bestandteil in unserem Energiemix ist. Die Stromversorgung im Land wird also auf eine weitgehend neue Basis gestellt werden müssen.

Zum anderen, weil unsere Region die Schwierigkeiten, die sich jetzt in den Braunkohlerevieren abzeichnen, größtenteils bereits durchgemacht hat. Auch wenn man den Ausstieg aus der Stein- und aus der Braunkohle nicht in allem vergleichen kann: Bei beidem geht es um eine tief greifende wirtschaftliche Veränderung, die in viele Lebensbereiche ausstrahlt. Indem wir unsere saarländischen Erfahrungen mit dem Strukturwandel in den bundesweiten Kontext stellen, können wir dazu beitragen, die aktuelle Debatte voranzubringen.

Dieses Ziel verfolgt auch die vorliegende Zeitungsbeilage. Ich freue mich, dass Ministerpräsident Tobias Hans seine Gedanken zu diesem Thema hier darlegt. Als wichtige Bereicherung empfinde ich die Gastbeiträge der drei Bürgermeister aus den Braunkohleregionen, die uns schildern, vor welchen Herausforderungen sie jetzt stehen. Damit schauen wir bewusst über das Saarland hinaus, und ich bin mir sicher, dass wir mit dieser Ausgabe bei Ihnen auf viel Interesse stoßen werden. In diesem Sinne: Viel Spaß beim Lesen.

Ein herzliches Glückauf,
Ihr

Uwe Penth
Regionalbeauftragter Saar der RAG Aktiengesellschaft

Anzeige

Anfang, Ende, Neuanfang

Die Kohle war die Energiequelle, die Deutschland den Aufstieg zum Industrieland ermöglichte. Jetzt läuft ihre Zeit ab. Wirtschaftliche, vor allem aber ökologische Gründe zwingen zum Umsteuern. Wie die Steinkohlenreviere an Saar und Ruhr geraten nun auch die Braunkohleregionen in einen tief greifenden Strukturwandel, der sozial abgefedert werden muss.

Wo und wann alles begonnen hat mit der Kohle? An Ruhr und Saar gibt es dazu eine Sage, die noch aus dem Mittelalter stammt: Ein Hirtenknabe habe eines Abends auf freiem Feld ein kleines Feuer angezündet, auf der Wiese liegende „schwarze Steine" hätten erst gekokelt, dann gequalmt, und so habe dieser Junge ganz nebenbei den weltweit wichtigsten Energieträger für die nächsten sechs- oder siebenhundert Jahre entdeckt. Glauben Sie nicht? Warum auch.

Denn vom Menschen entdeckt und genutzt wurde die Kohle natürlich schon viel früher. So datiert der älteste Beleg für einen Abbau in Deutschland bereits aus dem 7. Jahrhundert vor Christus. In einem Grab bei Rubenheim, das in dieser Zeit angelegt wurde, fanden sich als Schmuckbeigaben Perlen und Ringe, die aus Kännelkohle geschnitzt worden waren. Diese Kohle stammte wiederum aus der Gegend von Neunkirchen-Heinitz im Saarland. Aus dem Flöz, das viel, viel später einmal Tauentzien heißen sollte.
Der kontinuierliche Abbau begann in Europa Ende des 12. Jahrhunderts fast gleichzeitig in Nordengland und bei Lüttich im heutigen Belgien, zuerst über, dann auch unter Tage. Andere Gegenden folgten nur wenig später. Ob in Deutschland das Aachener oder das Zwickauer Revier das erste war, lässt sich heute nicht mehr mit letzter Gewissheit ermitteln. Im Saarland ist der Abbau spätestens seit 1357 urkundlich belegt. Die Veredelung zu Koks und die Erfindung der Dampfmaschine 1712 eröffneten völlig neue Verwendungsmöglichkeiten. Weltweit werden heute fast 30 Prozent des Energiebedarfs durch die Kohle gedeckt. Und nun …

Ein Berufsstand verabschiedet sich

Nun soll Schluss sein mit der Kohle. Noch nicht weltweit, aber in Deutschland. Nicht sofort, aber spätestens bis 2038. Nicht nur auf die Stein-, sondern auch auf die Braunkohle soll das Land verzichten, nicht nur auf die Förderung, sondern auch auf das Verfeuern. Gehen die letzten mit Braunkohle betriebenen Kraftwerke vom Netz, ist nach der Schließung der Gruben der RAG im Saarland und in Nordrhein-Westfalen auch das Ende der Tagebaue im Rheinischen, im Mitteldeutschen und im Lausitzer Revier besiegelt. Über das Wie der Energiewende wird noch heftig diskutiert, aber nicht mehr über das Ob. Der Klimawandel lässt uns keine Wahl.

Für Deutschland bedeutet der Abschied von der Kohle einen noch viel tieferen Einschnitt als der 2011 vom Bundestag beschlossene Atomausstieg. Im vergangenen Jahr kamen 21 Prozent der bundesweit genutzten Primärenergie aus der Kohle. 38 Prozent unseres Stroms werden gegenwärtig in Kohlekraftwerken erzeugt. Viele Generationen lang war die Kohle Dreh- und Angelpunkt der wirtschaftlichen Entwicklung: Ohne sie hätte es keine industrielle Revolution gegeben.

In der deutschen Gründerzeit konnte allein die Kohle den Energiehunger der rasant wachsenden Industrie stillen. Das Wirtschaftswunder West, der ungleich mühsamere Wiederaufbau Ost nach dem Zweiten Weltkrieg: Der Strom dafür kam aus der Stein- und der Braunkohle, aus der harten und nicht selten gefährlichen Arbeit der Kohlekumpel. Kaum vorstellbar, dass es ihren Berufsstand in Deutschland in knapp 20 Jahren wohl nicht mehr geben wird.

Alarmsignal Kohlekrise

Den Anfang vom Ende markierte allerdings nicht der Bericht der Kohlekommission im Januar dieses Jahres. Es war auch nicht die schwere Erderschütterung an der Saar 2008, die bekanntlich dazu führte, dass die RAG die Förderung hier schon 2012 einstellen musste – deutlich früher als geplant. Schon vor gut sechzig Jahren, in der Kohlekrise 1958, zeigte sich, dass die Uhr für die Gruben in Deutschland ablief. Billiges Mineralöl und Importkohle drängten auf den Markt. Die Gruben waren einfach nicht mehr rentabel.

Im Saarland verdienten 1957 noch rund 65.000 Menschen ihr Brot direkt im Bergbau, der obendrein noch größter Auftraggeber und Ausbilder war. 1990

Die Abraumbagger in den Tagebauen arbeiten noch. In 20 Jahren werden sie ebenso wie die Fördertürme der Gruben nur noch ein industrielles Erbe sein.

Foto: Lukassek/iStock

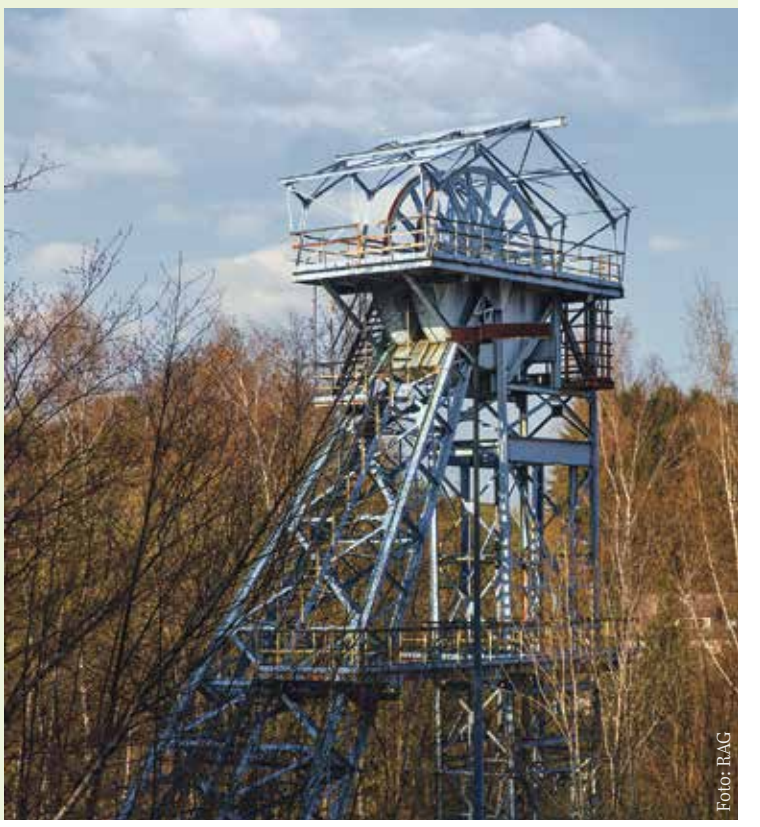
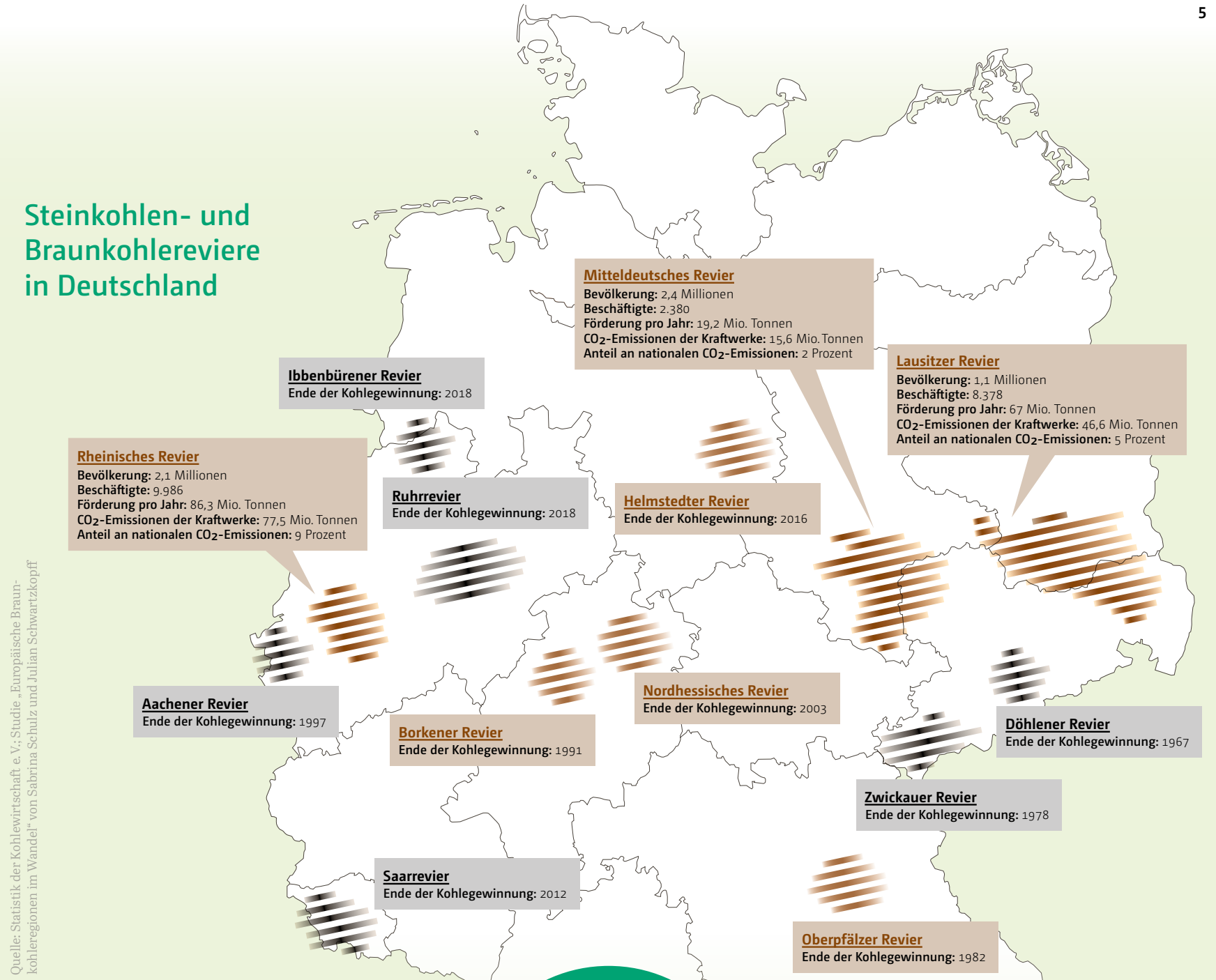


Foto: RAG

Steinkohlen- und Braunkohlereviere in Deutschland



Quelle: Statistik der Kohlewirtschaft e. V.; Studie „Europäische Braunkohleregionen im Wandel" von Sabrina Schulz und Julian Schwartzkopff

Die Tagebaue werfen nach wie vor Gewinn ab. Aber um welchen Preis?

waren es noch 20.000, Ende 2010 nur noch 3.200. An der Ruhr sah es ähnlich aus. Dort sank die Zahl der Bergleute von rund 600.000 im Jahr 1957 auf 200.000 im Jahr 1975 und weiter auf 85.000 im Jahr 1997. Reihenweise wurden Schachtanlagen zusammengelegt oder geschlossen.

Weg von den fossilen Brennstoffen

Der DDR war die heimische Steinkohle schon in den 1970er Jahren zu teuer geworden, und sie stellte die Förderung in den Revieren am Nordrand des Erzgebirges für immer ein. Im Aachener Revier fuhr 1997 die letzte Schicht ein, hier an der Saar war 2012 Schluss, in Ibbenbüren und an der Ruhr schließlich im vergangenen Jahr. Am Ende waren die Förderkosten für die deutsche Steinkohle fast doppelt so hoch wie der Preis für Importkohle. Dieses Missverhältnis ließ sich nicht länger ausgleichen. Nicht durch den Kohlepfennig, den die Stromkunden seit 1974 zusätzlich zu entrichten hatten. Und auch nicht durch immer weitere Subventionen aus den Steuereinnahmen der öffentlichen Hand.

Anders steht es bis heute um die Braunkohle. Sie ist – rein betriebswirtschaftlich betrachtet – unverändert lukrativ, und die Tagebaue in Garzweiler und Hambach, Welzow und Boxberg, Amsdorf und Schleenhain werfen nach wie vor Gewinne ab. Doch um welchen Preis?

Insgesamt rund 300 Dörfer in Deutschland mussten von ihren Einwohnern aufgegeben werden, weil die Bagger anrückten. 21 weitere könnten noch folgen, für 13 von ihnen liegt bereits die Genehmigung zum Abriss vor. Ist dieser Verlust von Heimat aber wirklich nötig? Ist er den betroffenen Menschen zumutbar? Und selbst wenn: Wie viel fossile Brennstoffe können wir noch verfeuern, ohne unsere Atmosphäre endgültig zu überfordern? Selbst mit ihren hoch entwickelten Filteranlagen stoßen die deutschen Kohlekraftwerke für die Produktion der gleichen Menge an Strom mehr als doppelt so viel CO2 aus wie Gaskraftwerke und rund 40 Mal so viel wie Windkraftanlagen. Ob nun Steinkohle oder die noch deutlich umweltschädlichere Braunkohle verbrannt wird, macht nur einen graduellen Unterschied.

Neben dem energiewirtschaftlichen und dem Umweltaspekt hat der Kohleausstieg allerdings noch eine weitere, eine soziale Dimension. Abertausende Menschen müssen ihre gesamte Lebensplanung umstellen. Ihre Familien sind betroffen, die Nachbarn, die Gemeinden. Hoch qualifizierte junge Arbeitskräfte wandern ab. Ganze Regionen müssen sich neu erfinden, weil der Wirtschaftszweig, der sie über viele Generationen geprägt hat, verschwindet. Auch die Zulieferer müssen umdenken, neue Abnehmer suchen.

Erfahrungen nutzbar machen

Die früheren Reviere an Saar und Ruhr sind auf ihrem Weg in eine Zukunft ohne die Kohle schon vorangekommen. Der Rückzug gelang sozial verträglich in einem beispiellosen Kraftakt aller Beteiligten. Den Braunkohlerevieren im Rheinland, in der Lausitz und in Mitteldeutschland stehen die schmerzhaftesten Einschnitte erst noch bevor. Besonders groß ist die Herausforderung für die ostdeutschen Regionen. Dort sind die Spuren der Deindustrialisierung Anfang der 90er Jahre bis heute nicht getilgt, und nun kommt eine neue Welle von radikalen Veränderungen auf die Menschen zu.

So groß die Unterschiede zwischen dem Steinkohle- und dem Braunkohleausstieg zwischen Ost und West aber sein mögen: Vieles ist gleich. Hier wie dort müssen soziale Härten abgefedert, politische und gesellschaftliche Verwerfungen möglichst vermieden werden. Hier wie dort braucht es Zeit, Geld und das Wissen darum, wie der Umbau gelingen kann. Die Menschen im Saarland, die Kommunen, die Behörden, die Unternehmen, unter ihnen auch die RAG: Sie alle haben im Strukturwandel in den letzten Jahren ihre Erfahrungen gesammelt, viele gute und auch manche weniger gute. Dieser Erfahrungsschatz wird nicht kleiner, sondern größer, wenn man ihn mit anderen teilt. Reden wir also darüber. Es sollte sich lohnen.

Land im Wandel

Von Tobias Hans,
Ministerpräsident des Saarlandes

Bergbaubedingte und damit verbunden politische Erschütterungen haben zum Ende der saarländischen Steinkohlenförderung geführt – so könnte man die Geschichte des Steinkohleausstiegs erzählen. Das jedoch wäre zu kurz gegriffen. Schon lange bevor 2008 ein schweres Grubenbeben den letzten Anstoß gab, hatten wirtschafts-, energie-, umwelt- und standortpolitische Umstände die Perspektiven für den Steinkohleabbau deutlich eingetrübt.

Der Kohleverstromung war ein ernsthafter Konkurrent durch die erneuerbaren Energien erwachsen. Die EU drängte auf den schnelleren Abbau der Kohlebeihilfen des Bundes und der Revierländer. Last but not least schwand in der Bevölkerung die Akzeptanz für die Förderung und Verstromung der Steinkohle an der Saar. Als der RWE-Konzern in Ensdorf 2007 das bestehende Kraftwerk auf zwei 800-MW-Blöcke erweitern wollte, ließ Bürgerprotest dieses Vorhaben scheitern. Über siebzig Prozent der Bevölkerung an diesem traditionsreichen Bergbau- und Energiestandort sprachen sich gegen eine Erweiterung aus. Auch andere Kraftwerksbetreiber nahmen Ausbaupläne zurück, beispielsweise der ehemalige Saarberg-Konzern in Bexbach. Heute, im Abstand einiger Jahre, sehen wir zudem die Auswirkung der Globalisierung auf die europäischen Montanstandorte. Die Konkurrenz durch Importkohle oder Billigstahl aus Drittstaaten haben eine bedeutende Rolle gespielt, die Diskussionen um prekäre Arbeitsbedingungen und ökologische Standards in diesen Ländern sind noch nicht verstummt.

Bergbau hat im Saarland – und das trifft wohl auch auf das Ruhrrevier zu – immer noch eine immense Bedeutung. Das Saarland ist ein Kind der Kohle, seine Entstehungsgeschichte ist eng mit dem Bergbau verbunden, die Kohle gehört sozusagen zu unserer DNA. Auch wenn die ökonomische Bedeutung des Bergbaus geschwunden ist, spielt er für Geschichte, Identität und Kultur des Landes nach wie vor eine tragende Rolle. Dem tragen wir auf vielfältige Weise Rechnung. Auf der Bergehalde in Ensdorf, dort, wo 2012 die Bergbauära des Landes mit einer Mettenschicht zu Ende ging, steht heute weit sichtbar das Saarpolygon. Für mich ein Zeichen der Erinnerung, aber auch ein Zeichen für die Herausforderungen der Zukunft. Beides ist gewaltig: das Erbe des Bergbaus und die Anstrengungen, die das Land unternehmen muss, um den Strukturwandel zu einem Erfolg werden zu lassen. Zwar hatten wir den Bergbau für die Beschäftigten sozial verträglich beendet und die Bewältigung der Stillsetzungs-, Alt- und Ewigkeitslasten vollumfänglich finanziert. Den eigentlichen Strukturwandel mussten wir jedoch zunächst ohne Hilfe des Bundes angehen. Das war ein deutlicher Unterschied zum aktuellen bundesweiten Szenario für die Beendigung der Braun- und Steinkohleverstromung, wo den betroffenen Regionen vernünftigerweise finanziell und strukturpolitisch unter die Arme gegriffen wird. Das Saarland stand lange Zeit alleine da.

Erst jetzt wird der Bund, auch im Hinblick auf den grundgesetzlich verankerten Auftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse, seiner Verpflichtung nachkommen und unserem Land Strukturhilfen für die Steinkohlekraftwerksregionen gewähren. Mit diesen Hilfen müssen wir klug und vorausschauend umgehen. Gerade in Zeiten des wirtschaftlichen, strukturellen und technologischen Wandels brauchen wir Entscheidungen, die über den Tag hinausreichen. Einen ersten Schritt haben wir bereits mit dem Saarlandpakt getan, der unseren Kommunen wieder mehr Handlungsspielräume auch im investiven Bereich einräumt.

Mit einem Prozess wie dem nun anstehenden Strukturwandel ist unser Land nicht zum ersten Mal konfrontiert. Der ständig schmelzende Montankern hatte schon in den vergangenen Jahrzehnten massive Umstrukturierungen zur Folge. Zechenschließungen und die Neuordnung der Stahlindustrie wurden einst von der neu angesiedelten Automobilindustrie aufgefangen. Doch ganz ähnlich wie sich die Stahlindustrie aufgrund klimaschutz-, energie- und außenhandelspolitischer Maßgaben ganz neuen Herausforderungen gegenübersieht, ergeht es dem Automotive-Sektor vor dem Hintergrund neuer Mobilitätskonzepte, alternativer umweltfreundlicher Antriebe und neuer Produktionstechnologien im Zeichen von Industrie 4.0.

Hier befinden wir uns ohne Frage in einem erneuten Strukturwandel mit allen Risiken für bestehende Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten. Von daher ist es unerlässlich, die weitere Diversifizierung der Saarwirtschaft voranzutreiben. Der industrielle Mittelstand wird dabei eine herausgehobene Rolle spielen. Ihm können wir eine erfahrene, gut ausgebildete und Schichtdienst gewöhnte Facharbeiterschaft zur Verfügung stellen. Hinzu kommt eine hochexzellente Forschungs- und IT-Landschaft, die Innovationen in die bestehenden Unternehmen hineinträgt, im Bereich von KI und Cybersicherheit Investitionen und Ansiedlungen anwirbt, gleichzeitig Ausgründungen und Start-ups fördert und so für neue Wertschöpfung im eigenen Land sorgt.

Zum Leitbild der Nachbergbauära im Saarland gehört aber auch der Ausbau der wirtschaftlichen Brückenfunktion zwischen Frankreich und Deutschland. Neben der Intensivierung der traditionell guten Handelsbeziehungen und einer Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur und der logistischen Möglichkeiten bedeutet das auch die Schaffung eines gemeinsamen Arbeits- und Ausbildungsmarktes. Denn Jugendarbeitslosigkeit dort und Fachkräftemangel hier kann in Zeiten zusammenwachsender europäischer Grenzräume nur als Anachronismus betrachtet werden. Aus diesem Grund ist es auch längst an der Zeit, im Sinne der Frankreichstrategie des Saarlandes und der Deutschlandstrategie in Grand Est einen gemeinsamen multilingualen Sprachraum zu schaffen.

Der Standort Saarland befindet sich im Wandel. Mit den Hilfen des Bundes wird er erfolgreich gestaltet werden können. Das Land selbst muss Strategien entwickeln, muss die richtigen Akzente setzen und seine Schwächen und Stärken richtig bewerten. Wenn wir den Bedürfnissen der kommenden Generationen nachhaltig gerecht werden wollen, dann müssen wir neue technologische Möglichkeiten dazu nutzen, den Erfordernissen der Ökonomie und auch der Ökologie zu entsprechen. Der Strukturwandel der Nachbergbauära ging bisher ohne ökonomische Brüche und ohne soziale Verwerfungen vonstatten. Natürlich ist dieser Umstand den kohlepolitischen Vereinbarungen des Jahres 2007, dem zukunftsweisenden Modell der RAG-Stiftung und zu einem großen Teil der lang anhaltend guten konjunkturellen Lage geschuldet. Zu einem nicht unerheblichen Teil verdanken wir dies aber auch einer Tugend, die zum ideellen bergmännischen Erbe gehört: dem Zusammenhalt in schwierigen Situationen und dem Mut, sie erfolgreich zu bewältigen. Glück auf!

Mut und Zusammenhalt gehören zum bergmännischen Erbe.

Tobias Hans steht seit März vergangenen Jahres der Landesregierung vor.

Foto: Staatskanzlei Saarland, Carsten Simon

Foto: Stadt Spremberg

Christine Herntier
Seit 2014 Bürgermeisterin von Spremberg (**Lausitzer Revier,** 22.000 Einwohner).
2018/19 Mitglied der Kohlekommission.
Diplom-Ingenieurin. Parteilos.

Seit mehr als 100 Jahren ist der bescheidene Wohlstand in der Lausitz mit der Braunkohle verbunden. Obwohl nach der Wiedervereinigung 90 Prozent (!) der Arbeitsplätze in der Kohle- und Energieindustrie ersatzlos verloren gingen, bestimmt sie heute noch stärker die Struktur als früher. Denn andere wichtige Industriezweige wie die Glas- und die Textilindustrie verschwanden in den 90er Jahren komplett. Eine Abwanderung ohnegleichen war die Folge.

Es ist nur zu verständlich, dass der Kohleausstieg, der zur Erreichung der Klimaziele unverzichtbar scheint, hier überwiegend als Bedrohung wahrgenommen wird. Die Herausforderung für die Akteure in der Region ist enorm. Es geht nicht nur um Wirtschaftskraft, die sich in Steuereinnahmen widerspiegelt. Es geht um viel mehr, nämlich um die Handlungsfähigkeit und Glaubwürdigkeit von Politik. Als Bürgermeister haben wir uns deshalb in einer deutschlandweit einmaligen Interessenvertretung, der „Lausitzrunde", zusammengeschlossen. Denn die Menschen leben in Städten und Dörfern, nicht in Landtagen und auch nicht im Bundestag. Bei uns in den Kommunen entscheidet sich, ob die Energiewende gelingt. Fremdbestimmte Entscheidungen über die Zukunft der Lausitz darf es nie wieder geben.

Wir wollen die Chancen, die der neuerliche Strukturwandel bietet, nutzen und nicht zerreden. An erster Stelle steht dabei, das Know-how der Lausitz in der Erzeugung, Verteilung, Speicherung und Veredelung von Energie mit dem Fokus auf Wasserstoff zu nutzen. Jeder staatliche und privatwirtschaftliche Euro, der dafür eingesetzt wird, neue Wertschöpfungsketten aufzubauen, ist gut angelegt. Das galt in den Steinkohlenrevieren, und es gilt bei uns in den Braunkohlerevieren. Die Erfahrungen des Saarlandes im Strukturwandel sind für uns eine wertvolle Anregung.

Der Countdown läuft

Wie soll es weitergehen ohne die Braunkohle? Bürgermeister aus den drei Revieren geben Auskunft.

Bei uns in Zwenkau haben wir den Braunkohleausstieg eigentlich schon hinter uns. Der letzte Kohlezug rollte hier 1999, aus dem Tagebaurestloch ist inzwischen ein großer See geworden. Zwenkau hat jetzt sogar einen Stadthafen für die Sportboote und Ausflugsdampfer. Frühere Pläne sahen vor, bis 2050 die ganze Gegend abzubaggern. Unsere Nachbarorte Bösdorf und Eythra existieren nicht mehr, die Weiße Elster wurde für den Bergbau in ein neues Bett verlegt. Zwenkau aber gibt es immer noch, wie Sie sehen.

Auch heute noch leben in unserer Stadt viele Menschen von der Kohle. Sie arbeiten in den Tagebauen Vereinigtes Schleenhain und Profen, im Kraftwerk Lippendorf, in Zulieferbetrieben aus der Metallbranche und als Dienstleister in mittelständischen Handwerksunternehmen. Der Braunkohleausstieg bis 2038 beschäftigt uns daher sehr. Welche Ersatzarbeitsplätze wird es für sie geben? Was können wir tun, damit die Leute hier in der Region bleiben, wenn ihre alten Jobs verschwinden? Welche Infrastruktur braucht es, damit wir eine Zukunft haben? Schauen Sie sich nur unsere Verkehrsanbindung an: Früher gab es einen Zug ins nur 15 Kilometer entfernte Leipzig, später wenigstens eine O-Bus-Linie. Alles, was wir jetzt noch haben, sind eine Umgehungsstraße und wesentlich verlängerte Fahrzeiten.

Im Saarland und in Nordrhein-Westfalen ist im Zusammenhang mit dem Steinkohleausstieg viel getan worden, um den Strukturwandel sozial abzufedern. Natürlich hoffen und erwarten wir, dass wir ähnliche Unterstützung erhalten. Ob man die Situation dort und hier aber wirklich vergleichen kann, da habe ich meine Zweifel. Denn hier in Sachsen gibt es eine andere Vorgeschichte. Wir haben vor gerade erst 30 Jahren schon einmal erlebt, was es heißt, wenn ringsherum die großen Werke dichtgemacht werden. Jetzt kommt eine zweite Welle planmäßig auf uns zu, und wir dürfen nicht die gleichen Fehler wie vor 30 Jahren machen.

Foto: Stadt Zwenkau

Holger Schulz
Seit 2008 Bürgermeister von Zwenkau (**Mitteldeutsches Revier,** 9.000 Einwohner).
Diplom-Ingenieur. Mitglied der CDU.

Klaus Krützen
Seit 2015 Bürgermeister von Grevenbroich (**Rheinisches Revier,** 68.000 Einwohner).
Lehrer. Mitglied der SPD.

Foto: Stadt Grevenbroich

Unsere Region wird die Hauptlast des Kohleausstiegs zu tragen haben. Die Auswirkungen auf den Tagebaubetrieb sind enorm. Die Abschaltung zusätzlicher Kraftwerksblöcke innerhalb weniger Jahre wird deutlich spürbar sein. Solange unklar ist, wie der Weg genau aussehen wird, bleibt viel Unsicherheit, gerade bei den vielen Firmen im Bergbau-Umfeld oder bei den Unternehmen, die auf sichere Versorgung mit bezahlbarem Strom angewiesen sind, wie zum Beispiel der Aluminiumindustrie.

Damit der Strukturwandel gelingt, müssen wir unbedingt sehr kurzfristig konkrete Dinge umsetzen. Wir benötigen eine deutlich bessere Anbindung an die umliegenden Großstädte. Planungsprozesse müssen beschleunigt und vereinfacht werden. Weitere Gewerbeflächen müssen ausgewiesen werden. Chancen bieten sich vor allem an den derzeitigen Kraftwerksstandorten und auf den Industrieflächen im Umfeld der Tagebaue. Die Vorstellungen im RWE-Konzern für die Nutzung dieser Flächen sind bisher leider zu langfristig und zu unverbindlich.

Grevenbroich hat durch die zentrale Lage zwischen Köln, Mönchengladbach und Düsseldorf einen enormen Standortvorteil. Wir sind als Gewerbe- wie auch als Wohnstandort sehr attraktiv. Wir können es uns nicht leisten, dass Bedenkenträger oder Bürokraten jetzt Projekte verzögern oder gar verhindern.

Der Ausstieg aus der Kohleverstromung ist für viele Menschen hier mit großen Emotionen verbunden. Was ganze Generationen geleistet haben für die deutsche Wirtschaft, für das Wirtschaftswunder und den Wohlstand in unserem Land, muss weiter gewürdigt bleiben. Diese Erfahrung eint die Menschen in den unterschiedlichen Kohlerevieren der Bundesrepublik, von der Lausitz bis ins Rheinische Revier, vom Ruhrgebiet bis an die Saar. Manchmal geht diese Wertschätzung leider unter.

Auf das Wir-Gefühl kommt es an

Uwe Penth ist ausgewiesener Fachmann für den Steinkohleausstieg. Als RAG-Regionalbeauftragter hat er den Übergang vom Bergbau zum Nachbergbau an der Saar mitgestaltet. Jetzt rückt in Deutschland der Braunkohleausstieg näher. Mit direkten Ratschlägen an die Kollegen dort hält Penth sich zurück. Die saarländischen Erfahrungen aber, sagt er, könnten sicher nützlich sein.

Herr Penth, wissen Sie noch, wann Sie zum ersten Mal unter Tage waren?
Ja, natürlich erinnere ich mich an diesen Tag. Das war 1978. Ich war 20 und interessierte mich für ein Bergbau-Studium. Mein Vater sorgte dafür, dass ich mit einer Gruppe von Besuchern einfahren konnte, um alles einmal mit eigenen Augen zu sehen.

War Ihr Vater auch Bergmann?
Ja, ebenso wie meine Großväter. Mein Vater war am Ende aber nicht mehr selbst als Bergmann beschäftigt, sondern als Heilgehilfe.

Sie sind im Saarland zur Welt gekommen und zur Schule gegangen. Was ist aus Ihren Klassenkameraden von damals geworden? Hat außer Ihnen noch jemand in der Grube angefangen?
Na klar! Klassenkameraden aus Eppelborn haben im Bergbau als Bergleute, als Elektriker oder Maschinenschlosser begonnen. Von den Mitschülern auf dem Gymnasium ist einer auf die Bergingenieurschule in Saarbrücken gegangen. Und ein weiterer hat mit mir in Aachen studiert. Er arbeitet heute allerdings in der Bauindustrie.

Halten Sie noch Kontakt?
Ja. Letztes Jahr war wieder Klassentreffen, da habe ich viele aus unserer Truppe wiedergesehen.

Nun haben Sie als RAG-Manager zu denen gehört, die die Gruben im Saarland dichtgemacht haben. Nehmen Ihnen die Klassenkameraden von damals übel, dass Sie ihnen gewissermaßen den Job weggenommen haben?
Nein, das tun sie nicht. Zumindest nehme ich das nicht so wahr. Am Ende haben wir ja, jeder an seinem Platz, alle gemeinsam daran mitgearbeitet, dass der Bergbau bei uns im Saarland sozial verträglich ausläuft. Das war eine sehr ernste Angelegenheit, vieles hat auch wehgetan. Nicht jeder ist begeistert, wenn er als Bergmann schon mit 50 in den Vorruhestand geschickt wird. Aber am Ende waren die Lösungen immer für alle erträglich.

Als Sie Ihr Studium begannen, war die Kohlekrise längst da. Welche Rolle spielte das damals in Ihren Überlegungen?
Im Grunde gar keine. Zugegeben, seit 1958 hätte man vieles ahnen können. Aber zwischendurch gab es 1973 auch die Ölkrise, und wir sahen in ihr einen Hoffnungsschimmer: Selbst wenn die Förderung beständig zurückging – ganz aufhören würde es mit der Kohle bestimmt nicht, dachten wir. Einheimische Energie braucht schließlich jeder. Ich zumindest habe mir ein Ende damals noch nicht vorstellen können.

Und wann begriffen Sie, was da auf Sie zukam?
So richtig wohl erst 2006, als die Vorbereitungen für das Steinkohlefinanzierungsgesetz anliefen und darüber diskutiert wurde, wie ein sozial verträglicher Ausstieg aus der Steinkohle aussehen kann: Da wurde mir klar, dass ich das Ende in meinem Berufsleben noch erleben würde.

Bergbau war zu allen Zeiten eine schmutzige Arbeit, und sie war gefährlich, manchmal lebensgefährlich. Sind Sie auch erleichtert, dass das vorbei ist?
Es stimmt: Im Bergbau hat es immer Unfälle, auch tödliche Unfälle gegeben. Aber Sie müssen uns zugutehalten, dass es uns – vor allem in den letzten Jahren – gelungen ist, bei der RAG eine sehr hohe Arbeitssicherheit zu wahren. Da war ein Arbeitsplatz im Bergbau sicherer als ein Arbeitsplatz auf einer Baustelle oder im Forst. Das war eine wirklich große Leistung. Und was den Schmutz betrifft: Ja, Bergbau ist in der Tat ein schmutziger, schweißtreibender Beruf. Aber niemand muss sich dafür schämen, dass er diese Arbeit leistet, wenn sie nun mal gebraucht wird, damit die Gesellschaft funktionieren kann.

Herr Penth, Sie sind ausgewiesener Fachmann für den Steinkohleausstieg. Jetzt steht der Braunkohleausstieg vor der Tür. Kann man beides überhaupt vergleichen?
Ganz bestimmt. Wieder läuft ein ganzer Industriezweig aus. Eine große Zahl von Arbeitsplätzen geht unwiederbringlich verloren. Wieder konzentriert sich dieser Umbruch auf einzelne Regionen, für die es eine extreme Belastung darstellt. Natürlich kann man das vergleichen.

Ist der Braunkohleausstieg leichter oder schwerer zu bewerkstelligen als der Steinkohleausstieg?
Das kann ich schwer beurteilen. Er wird anders sein. Aber leichter? Nein, das glaube ich nicht.

Immerhin: Die Verantwortlichen und die Betroffenen dort können sich auf die Erfahrungen stützen, die Sie hier gemacht haben.
Unbedingt. Eine solche Erfahrung lautet: Wenn man so einen Prozess durchzustehen hat, dann ist das Wir-Gefühl ganz entscheidend. Dafür muss man etwas tun. Wir hatten eine bis zum letzten Tag hoch motivierte Belegschaft. Als Unternehmen haben wir weiter in die Qualifizierung und das Wissen unserer Mitarbeiter investiert. Wir sind nicht in Trauer verfallen, wir haben weitergear-

„Mit dem Braunkohleausstieg läuft ein ganzer Industriezweig aus. Wieder konzentriert sich der Umbruch auf einzelne Regionen, für die es eine extreme Belastung darstellt."

Uwe Penth, Regionalbeauftragter Saar der RAG AG, im Gespräch

Foto: RAG

„Vieles hat auch wehgetan. Nicht jeder ist begeistert, wenn er als Bergmann schon mit 50 in den Vorruhestand geschickt wird. Aber am Ende waren die Lösungen immer für alle erträglich.“

Der eigene Eindruck ist durch nichts zu ersetzen: Uwe Penth und sein Vorgänger Friedrich Breinig (v. l.) bei einem Besuch unter Tage.

beitet, hochprofessionell. Ganz wichtig ist es auch, dass man mit dem Umfeld, mit den Kommunen, mit der Landesregierung ein echtes Vertrauensverhältnis aufbaut und gemeinsam an Nachfolgelösungen arbeitet. Das Leben muss schließlich weitergehen. Auch nach dem Bergbau müssen die Menschen dort Arbeit haben, damit sie zufrieden leben können.

Mindestens zwei Faktoren sind dabei wichtig: Zeit und Geld.

Zeit ist ein ganz wichtiger Faktor. Wenn Sie etwas Vernünftiges zuwege bringen und dabei nicht Vermögen, auch Volksvermögen verschwenden wollen, dann brauchen Sie eine gewisse Zeit mit stabilen Rahmenbedingungen, in der Sie das, was Sie planen, auch umsetzen können. Geld ist natürlich immer hilfreich, klar.

Im Saarland waren die Rahmenbedingungen damals nicht stabil. Die Fristen verkürzten sich dramatisch.

Ja, leider Gottes hatten wir 2008 diese schwere Erschütterung. Damit drohte sogar das plötzliche Ende des Bergbaus an der Saar. Dank der Solidargemeinschaft ist es dann gelungen, bis 2012 wenigstens noch einen Restbergbau zu bewahren. Ansonsten wären die Schwierigkeiten an der Saar noch viel größer gewesen, als sie es ohnehin schon waren.

An der Saar hatten Sie nur vier Jahre, die Braunkohlereviere erhalten dagegen Zeit bis 2038. Gibt Ihnen das zu denken?

Die Dinge liegen doch sehr verschieden. An der Saar war das Erschütterungsereignis ausschlaggebend. Und die Kollegen an der Saar hatten auch noch die Chance, für einige Jahre nach Nordrhein-Westfalen zu wechseln. Unsere Steinkohle insgesamt hat in den letzten Jahren oder sogar Jahrzehnten Beihilfen benötigt, damit sie am Markt verkauft werden konnte. Da stellte sich zwangsläufig die Frage: Wie lange ist man in Deutschland dazu noch bereit? Die Braunkohle dagegen trägt sich betriebswirtschaftlich selbst, und nicht wegen des Geldes wird der Abbau jetzt beendet, sondern wegen der CO_2-Emissionen. Aber auch beim Braunkohleausstieg muss man Augenmaß bewahren. In Abwägung mit den Fragen des Klimaschutzes ist die Frist, die da vereinbart worden ist, durchaus gerechtfertigt, denke ich.

Kommen wir noch einmal zurück zum Faktor Geld. Wenn Sie sich ansehen, was den Braunkohleregionen jetzt in Aussicht gestellt wird: Gibt es da Hilfsangebote, die Sie sich auch für das Saarland und NRW gewünscht hätten?

Hilfe wünscht man sich immer, und möglichst viel! Aber auch das ist an dieser Stelle nicht direkt vergleichbar. Bei uns gab es damals die Beihilfen an die Unternehmen. Das Saarland hat dazu noch über zehn Jahre insgesamt 100 Millionen Euro als Strukturhilfe bekommen, Nordrhein-Westfalen nichts an dieser Stelle. Dass es so gemacht wurde, war eine politische Entscheidung, und wenn man so will, der Wille der Wähler. In den Braunkohlerevieren wird es nun Geld für die Regionen geben, auch das ist wieder eine politische Entscheidung. Was am Ende zu einem besseren Ergebnis führt … lassen Sie uns in zehn oder 15 Jahren darüber reden.

Hat das Saarland möglicherweise Anspruch auf einen Nachschlag aus der Steuerkasse?

In einem Punkt bestimmt, denn der Kohleausstieg, über den wir jetzt reden, bedeutet nicht nur den Abschied von der Braunkohleförderung, sondern auch den generellen Ausstieg aus der Kohleverstromung. Und hier sind vor allem das Saarland und Nordrhein-Westfalen betroffen und das eine oder andere Kraftwerk außerhalb der Region. Aus meiner Sicht ist es völlig legitim, hier einen anteiligen Anspruch zu formulieren.

Sie haben sicherlich aus der Ferne mitverfolgt, wie im Rheinland, in Mitteldeutschland, in der Lausitz der Kohleausstieg diskutiert wird. Machen sich die Leute dort zu viele Sorgen? Oder im Gegenteil vielleicht sogar Illusionen?

Ach wissen Sie, am Ende läuft sowieso nie alles nach Plan. Überraschungen gibt es immer. Bei uns an der Saar war es die schwere Erschütterung 2008, die uns zwang, den Bergbau viel schneller zu beenden als vorgesehen. Ein anderer Punkt waren die allgemeinen Energiepreise. Die gingen so in den Keller, dass wir befürchten mussten, das zugesagte Geld würde nicht ausreichen, um die Prozesse zu bewältigen. Sie sehen an der Aufzählung: Es wird mit Sicherheit Punkte geben, die heute noch niemand auf dem Schirm hat. In einem solchen langen Zeitraum wird es immer Dinge geben, die einen zwingen, das eigene Konzept neu zu justieren und neue Lösungen zu finden.

An welcher Stelle haben Sie sich damals zu viele Sorgen gemacht?

Der sozial verträgliche Personalabbau war so ein heikler Punkt. Jahr für Jahr mussten wir eine große Zahl von Mitarbeitern abbauen. Das hieß zugleich: Mit jedem, der in Rente ging, verlor das Unternehmen einen hoch qualifizierten Mitarbeiter. Würden wir unsere Arbeit da überhaupt beherrschen können? Aber es ist gelungen.

Was würden Sie heute anders machen als damals? Oder was hätte die RAG anderes tun müssen?

Eine Sache gibt es, die mich weiter beschäftigt. Als wir damals den aktiven Bergbau eingestellt haben, wussten wir: Das ist noch nicht das Ende. Wir werden noch lange, lange Zeit Schäden und Belastungen durch den Bergbau beseitigen und eine Lösung für das Grubenwasser finden müssen. Das war uns völlig klar. Ich hatte aber die Vorstellung, das sei wesentlich einfacher zu gestalten, als es sich jetzt darstellt. Mit dem Wissen von heute hätten wir sehr viel früher daran arbeiten müssen, bei der Bevölkerung um Akzeptanz für den Nachbergbau zu werben.

Ist das ein Ratschlag an die Kollegen aus den Braunkohlerevieren?

Ein Hinweis vielleicht. Mit Ratschlägen muss man immer vorsichtig sein. Ich glaube, die Kollegen dort beherrschen ihr Geschäft schon sehr gut.

Herr Penth, lassen Sie uns einen Ausblick versuchen. Wird die RAG in zehn oder zwanzig Jahren noch eine Rolle spielen im Alltag der Saarländer?

Ja, das wird sie. Die Suche nach einer neuen Nutzung für die Bergbauflächen wird uns noch jahrelang beschäftigen. Das Grubenwasser – ganz gleich, wie hoch der Pegel dann steht – wird weiter in die Saar fließen und damit ein Thema sein. Und sollte es in den nächsten zehn Jahren doch noch den einen oder anderen Bergschaden geben, wird die RAG für jeden Geschädigten der Ansprechpartner sein.

In den Braunkohleregionen im Rheinland, in Mitteldeutschland und der Lausitz werden aus den Tagebauen riesige Seenlandschaften entstehen. Dann werden die Leute sagen: Was für ein Gewinn an Lebensqualität. Was bleibt vom Bergbau an der Saar?

Auch hier entstehen schöne Regionen. Die Halden können als Naherholungsgebiete oder Eventplätze entwickelt werden. Einige sind es heute schon, wenn Sie sich die Bergehalde Reden anschauen oder die Bergehalde Ensdorf mit dem Saarpolygon. Es wird Stätten der Industriekultur geben. Sie werden sich mit Leben füllen wie heute bereits die RAG-Repräsentanz auf Duhamel. Ich bin mir ganz sicher: Auch im Saarland wird man sich positiv an den Bergbau erinnern.

Eine letzte Frage noch. Herr Penth, wann waren Sie zum letzten Mal unter Tage?

Im vergangenen Dezember, als in Prosper-Haniel im Ruhrgebiet und in Ibbenbüren die letzten Bergwerke geschlossen wurden. Da haben wir im RAG-Führungskreis eine Abschiedsgrubenfahrt gemacht. Das wird für mich aber nicht der letzte Besuch unter Tage gewesen sein. In einigen Gruben wird jetzt die Wasserhaltung umgebaut, das werde ich mir selbst ansehen. Und ich würde mich freuen, wenn ich ab und zu bei Kollegen im Ausland oder auch hier in Deutschland, zum Beispiel im Salz, vorbeischauen dürfte.

Es lässt sie nicht los.

Nie. Ich bin Bergmann. Und ich werde immer Bergmann bleiben.

Der Strom für übermorgen

Bis 2038 will Deutschland alle Kohlekraftwerke schließen, um die Emissionen von Treibhausgasen zu senken. Doch woher wird dann die Energie kommen? Wind und Sonne allein reichen nicht aus, auch neue Gasturbinen werden gebraucht. Damit eröffnet sich auch eine Perspektive für die Kraftwerke im Saarland.

Vizeexportweltmeister Deutschland ist auch Europameister im Stromexport. Im vergangenen Jahr speiste die Bundesrepublik rund 50 Terawattstunden mehr in die Netze der Nachbarländer ein, als sie von dort bezog. Das war ein Zehntel der deutschen Stromproduktion. Ein beruhigender Puffer, könnte man meinen: Selbst wenn ein Jahrhundertwinter dazu führen sollte, dass das eine oder andere Kraftwerk ausfällt, stehen genug Reserven bereit, um Versorgungsengpässe auszuschließen. Kein Grund zur Sorge also.

Oder doch? Zum Jahresende 2022 werden die letzten verbliebenen Atomkraftwerke in Deutschland abgeschaltet, so hat es die Bundesregierung nach der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima 2011 beschlossen. Momentan decken sie noch 13 Prozent der öffentlichen Stromversorgung. Diese Leistung fällt ersatzlos weg.

Bis Ende 2038 – möglicherweise sogar noch etwas schneller – soll auch Schluss sein mit der Kohleverstromung. Bisher produzieren die mit heimischer Braunkohle befeuerten Kraftwerksblöcke rund 20 Prozent, die mit importierter Steinkohle betriebenen Blöcke rund zehn Prozent der elektrischen Energie. Zusammen mit den AKW macht das 43 Prozent der deutschen Stromerzeugung. Für sie muss eine andere Lösung gefunden werden, und das in nicht einmal zwanzig Jahren. Eine riesige Herausforderung.

Auch das E-Auto braucht Energie

Soll die Energiewende gelingen, sind Veränderungen an vielen Stellen notwendig. Natürlich muss der Stromverschwendung Einhalt geboten werden, im Kleinen wie im Großen. In der Industrie ist es bereits eine Selbstverständlichkeit, dass eine neu angeschaffte Anlage weniger Energie verbraucht als die alte. Nicht jede abgeschriebene Werkbank wird aber sofort ersetzt. In vielen Wohnungen brennen ebenfalls noch immer Glühlampen statt LED-Leuchten. Wirklich ausgeschöpft wird das Einsparpotenzial hier wie dort noch lange nicht.

Doch selbst wenn: Der Stromhunger der Gesellschaft wird kaum kleiner. 45 Millionen Benziner und Diesel-Pkw sind zurzeit in Deutschland zugelassen. Setzt sich irgendwann flächendeckend der E-Antrieb gegen den Verbrennungsmotor durch, sinkt zwar die Schadstoffbelastung der Luft. Zum Aufladen der Batterien bräuchte es allerdings rund 15 Prozent der heute bundesweit produzierten Strommenge, wie die Forschungsstelle für Energiewirtschaft (FFE) errechnete. Auch der rasant zunehmende Datenverkehr im Internet verbraucht ungeahnte Energiemengen. Einsparungen in allen Ehren, aber ohne neue Anlagen, die die heutigen Kohlekraftwerke ersetzen, wird es nicht abgehen.

Im Sinne des Klimaschutzes müssten das vorrangig Anlagen sein, die erneuerbare Energiequellen nutzen. Tatsächlich hat sich auf diesem Feld enorm viel getan. Fast 47 Prozent des deutschen Stroms kommen in diesem Jahr bereits aus Windparks, Solarpaneelen, Biomasse-Anlagen und Wasserkraftwerken. Doch der Ausbau der Erneuerbaren verlangsamt sich, seit die Bundesregierung die Förderprogramme radikal zurückgefahren hat. In vielen Städten und Dörfern formiert sich zudem Widerstand gegen die „Verspargelung" der Landschaft durch neue Windräder.

Ein noch größeres Problem besteht darin, dass Wind- und Sonnenenergie nun einmal vom Wetter abhängen. Die Industrie, zum Beispiel die besonders energieintensive Stahlindustrie, kann ihre Produktionsmaschinen nicht einfach eine Weile abschalten, nur weil über der Nordsee gerade Flaute herrscht. Ein praktikables Konzept, wie sich die in strahlenden Sommermonaten gewonnene Solarenergie für dunkle Wintertage aufbewahren lässt, ist ebenfalls noch nicht in Sicht. Um den deutschlandweit produzierten Strom jederzeit dorthin zu bringen, wo er gerade gebraucht wird, um tägliche Spitzenzeiten abzudecken und jahreszeitlich bedingte Schwankungen auszugleichen, braucht es optimierte Energienetze und innovative Speichermethoden. Obendrein aber braucht es zusätzliche Stromquellen klassischen Typs, wenn die Kohlekraftwerke, die diese Rolle bisher ausfüllen, demnächst abgeschaltet werden.

> Die Steag prüft einen Umbau ihrer drei Kohlekraftwerke im Saarland auf Gasbetrieb.

Umrüstung ist möglich

In der Bundesrepublik herrscht weitgehend Konsens, dass dafür vor allem Gasturbinen infrage kommen. Sie sind zwar nicht klimaneutral, stoßen aber immerhin ein Drittel weniger Kohlendioxid aus als die Kohlekraftwerke. Im politischen Bereich umstritten ist, woher das Gas kommen soll: aus Russland? Macht sich Deutschland dadurch vielleicht abhängig? Wäre es etwa vernünftiger, teureres Gas aus den USA zu importieren, obwohl es dort mit der ökologisch fragwürdigen Fracking-Technologie gewonnen wird?

Ganz praktisch stellt sich die Frage, ob die neuen Gaskraftwerke gewissermaßen „auf der grünen Wiese" entstehen sollen oder ob es sinnvoller ist, die alten Kohlekraftwerke auf Gasbetrieb umzurüsten. Dass ein solcher Umbau möglich ist, zeigt das Kraftwerk Römerbrücke in Saarbrücken, mit 132 Megawatt Strom installierter Leistung das kleinste der vier Kraftwerke im Saarland. In Bexbach (780 MW), im Kraftwerk Weiher in Quierschied (724 MW) und in Völklingen-Fenne (466 MW) kommt die Energie bislang fast ausschließlich aus der Steinkohle. Nach den letzten verfügbaren Angaben des Statistischen Bundesamtes produzieren die vier Anlagen, von denen zwei derzeit als Reservekraftwerke laufen, insgesamt 55 Prozent des im Saarland erzeugten Stroms. Was wird aus ihnen, wenn 2038 der Kohleausstieg kommt?

Die Steag als Betreiberin von Bexbach, Weiher und Fenne prüft gegenwärtig einen Umbau ihrer Kraftwerke auf Gasbetrieb. Das Unternehmen, das noch vor einigen Jahren zu evonik und damit zur RAG-Stiftung gehörte, erwägt in Bexbach und Weiher die Installation von je zwei, in Fenne von einer Gasturbine mit jeweils 360 MW Leistung. Sicher ist noch nichts. Umbau statt Abriss wäre auch ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, denn zumindest Teile der alten Kraftwerksanlagen könnten mit einigen Anpassungen weitergenutzt werden.

Die Landesregierung ermutigt die Steag, die Umrüstung möglichst schnell in Angriff zu nehmen. In erster Linie ist es eine Frage des Geldes. Die Steag beziffert die Kosten pro Kraftwerk auf rund 500 Millionen Euro und hofft auf staatliche Investitionsanreize. „Meine Fantasie, was eine Beteiligung des Bundes angeht, ist recht groß", hat Vorstandschef Joachim Rumstadt kürzlich erklärt.

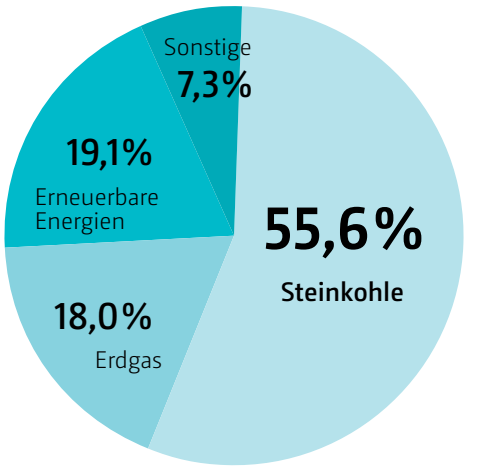
Auch die Gewerkschaften haben großes Interesse daran, dass der Umbau in Gang kommt. „400 Kolleginnen und Kollegen an der Saar sind unmittelbar betroffen, sollten die Kohlekraftwerke stillgelegt werden, und wenn man die nachgelagerten Bereiche mitzählt, sind es sogar mehr als 700", sagt Dietmar Geuskens, Leiter des Bezirks Saarbrücken der IG BCE. „Es sind hoch qualifizierte und hoch engagierte Mitarbeiter. Sie haben Anspruch auf eine berufliche Perspektive. Sozial müssen sie genauso behandelt werden wie die Kollegen in den Braunkohlekraftwerken."

Billiger wird es nicht

Steag-Chef Rumstadt verlangt in diesem Zusammenhang, im Strombereich die politischen Prioritäten neu zu fixieren

In Völklingen-Fenne erzeugt die Steag Strom, Fernwärme und Prozessdampf.

Saar-Strommix: Mehr als die Hälfte des Stroms kommt bislang noch aus importierter Steinkohle.



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017

und diejenigen Anbieter zu belohnen, die Versorgungssicherheit gewährleisten. „Strom stets verlässlich und zu bezahlbaren Preisen liefern zu können, muss für ein Industrieland wie Deutschland das zentrale Anliegen sein“, sagte er auf einer Betriebsräte-Konferenz der Steag in Völklingen im September. Dass derzeit noch Wind- und Solarstrom Vorrang haben vor konventionell, also mit fossilen Brennstoffen erzeugter Energie: „Das muss sich ändern.“

Mit einer solchen Festlegung hält sich die Landesregierung verständlicherweise zurück. Sie hatte die Losung „20/20“ ausgegeben, will also bis zum Jahr 2020 einen Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von 20 Prozent anstreben, doch ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist noch ungewiss. Wie im Rest Deutschlands hält sich auch an der Saar die Begeisterung für neue Windkraftanlagen in engen Grenzen. In den anderen betroffenen Kommunen nimmt der Widerstand eher zu als ab. Für die gewählten Volksvertreter wächst die Kluft zwischen dem, was im Sinne des globalen Klimaschutzes wünschenswert wäre, und dem, was politisch vor Ort durchzusetzen ist.

So versucht die saarländische Landesregierung, erst einmal andere Impulse zu setzen. Im Juli präsentierte das Wirtschafts- und Energieministerium drei neue Förderprogramme für Städte, Gemeinden und kommunale Unternehmen, die zum Beispiel die Straßenbeleuchtung auf LED umstellen oder Ladeeinrichtungen für E-Bikes aufstellen wollen. Unter dem Motto „Energieberatung Saar“ gibt es Infoveranstaltungen für Privatpersonen und Unternehmen, die jährliche Aktionswoche „Das Saarland voller Energie“ fand im September zum mittlerweile fünften Mal statt.

Die Unsicherheit, welche Konsequenzen der absehbare Ausstieg aus Atomkraft und Kohle in Deutschland für jeden Einzelnen haben wird, bleibt trotzdem bestehen. Nach Angaben der saarländischen Industrie- und Handelskammer haben die Firmen im Land die Auswirkungen der Energiewende auf ihre Geschäfte noch nie so negativ beurteilt wie in diesem Jahr. Mehr als zwei Drittel der Unternehmen berichteten aktuell über steigende Strompreise, am stärksten betroffen seien Industriebetriebe. Schon heute ist die Kilowattstunde in der Bundesrepublik so teuer wie in keinem anderen EU-Land außer in Dänemark. Billiger, so viel scheint klar, wird der Strom auf absehbare Zeit nicht werden.

2018 STEVIE® GOLD WINNER
Stevie Award Gold für die Ausstellung „Bergbau. Unser Erbe."

Justin, der Biber ist da!

BERGBAU. UNSER ERBE. DIE AUSSTELLUNG.

IN DER RAG-REPRÄSENTANZ
TÄGLICH GEÖFFNET VON 10 BIS 16 UHR

Neue Lebensräume für Tiere und Pflanzen,
neue Perspektiven für das Saarland.

RAG-REPRÄSENTANZ AN DER SAAR
PROVINZIALSTR. 1, 66806 ENSDORF
WWW.BERGBAU-UNSER-ERBE.DE

RAG
Duhamel